

### **Friedrich Ebert: materialreiche biographische Funktionsanalyse**

*Mühlhausen, Walter: Friedrich Ebert 1871 – 1925. Reichspräsident der Weimarer Republik, J. H. W. Dietz Nachf., Bonn 2006, 1064 Seiten, € 48.–.*

*Friedrich Ebert* zählt zweifellos zu den zentralen politischen Persönlichkeiten in der kurzen Geschichte der Weimarer Republik. Zugleich war das Urteil über ihn und seine politischen Leistungen stets heftig umstritten. In extremer Weise galt das bereits zu seinen Lebzeiten und kurz nach seinem Tod im Jahre 1925: Während *Eberts* persönliche Integrität und seine Amtsführung als Reichspräsident unter den Befürwortern der jungen Demokratie wachsende Anerkennung fanden, die weit über die Reihen der Sozialdemokratie hinaus ins bürgerliche Lager reichte, sah er sich von Seiten der radikalen Linken und Rechten massiven Anfeindungen und Anwürfen ausgesetzt. Erblickten die einen in ihm den Verräter der Revolution von 1918/19, der mit den alten Mächten gegen die Arbeiterschaft paktiert hatte, war er für die anderen die Symbolfigur der verhassten neuen republikanischen Staatsordnung, gegen die sie eine beispiellose Hetzkampagne entfalteten, die darin gipfelte, dass *Ebert* – aufgrund eines skandalösen Gerichtsurteils von 1924 schließlich sogar mit juristischer Billigung – mit dem Vorwurf des „Landesverrats“ überzogen wurde.

In der historischen Forschung setzte sich die kontroverse Bewertung der politischen Rolle *Friedrich Eberts* fort. Perpetuierte die DDR-Historiographie nach dem Zweiten Weltkrieg einfach das Zerrbild vom Arbeiterverräter, das bereits die Kommunisten in Weimar gezeichnet hatten, dominierte in der frühen Bundesrepublik ein positives *Ebert*-Bild, das ihn als Begründer der Demokratie und Verteidiger gegen die bolschewistische Gefahr darstellte. Seither hat die intensive Auseinandersetzung der bundesdeutschen Forschung mit der Revolution von 1918/19 dieser Sichtweise auffällige Schattenlinien hinzugefügt. Immer deutlicher zeigte sich, dass die revolutionäre Situation offener für politische Handlungsalternativen gewesen war, als die Entscheidungsträger um *Ebert* glaubten oder glauben machen wollten. Letztere hatten vielleicht doch zu vorschnell und bereitwillig folgenschwere Herrschaftskompromisse mit den kaiserzeitlichen Eliten in Militär und Ministerialbürokratie geschlossen und darüber versäumt, grundlegende Strukturreformen in Angriff zu nehmen, die der jungen Republik ein solideres Fundament geschaffen hätten.

Angesichts der historischen Bedeutung und strittigen Bewertung *Eberts* ist es im Grunde erstaunlich, dass bis jetzt keine umfassende, den modernen geschichtswissenschaftlichen Standards genügende Biographie des SPD-Politikers vorlag. Verantwortlich hierfür dürfte zum einen gewesen sein, dass *Ebert* – anders etwa als *Walther Rathenau* oder *Gustav Stresemann* – wenig Schillerndes, Zeitgenossen und Historiker gleichermaßen Faszinierendes an sich hatte, dass er keine charismatische Persönlichkeit war, sondern eher nüchtern, ja zuweilen etwas langweilig und bieder erschien. Zum anderen fehlt auch ein Nachlass, der die historische Forschung hätte stimulieren können; die wenigen persönlichen Papiere *Eberts*, die ihn selbst überlebt haben, scheinen im Zweiten Weltkrieg einem Bombenangriff zum Opfer gefallen zu sein.

*Walter Mühlhausen*, stellvertretender Geschäftsführer der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte in Heidelberg, hat sich hiervon zu Recht nicht abhalten lassen und nunmehr eine mehr als tausendseitige biographische Darstellung des sozialdemokratischen Politikers vorgelegt, die eine Lücke in der historischen Forschung zur Weimarer Republik schließt. Die Studie ruht auf einer bemerkenswert breiten Quellengrundlage. Auf das Pro-

blem des fehlenden Nachlasses hat *Mühlhausen* reagiert, indem er mit einem geradezu bewunderungswürdigen Arbeitsaufwand ein engmaschiges Belegnetz aus Quellen unterschiedlichster Gattung und Provenienz geknüpft hat. Nicht nur die zeitgenössische Tagespresse hat der Biograph systematisch ausgewertet, sondern ebenso die Akten der Reichskanzlei und der verschiedenen Ministerien sowie mehr als hundert Nachlässe, die er in den unterschiedlichsten Archiven von Washington bis Moskau aufgespürt hat. Es ist kaum vorstellbar, dass seinem Arbeitseifer irgendein relevantes Dokument entgangen sein könnte.

Am Anfang des Buches steht eine für seine ganze Anlage entscheidende Schwerpunktsetzung: *Mühlhausen* konzentriert sich auf die Zeit der Reichspräsidentschaft *Friedrich Eberts*, also die Jahre von 1919 bis 1925. Er versteht seine Arbeit als „biographische Funktionsanalyse“, in der nicht die Person *Ebert* „im Mittelpunkt [steht], sondern der Amtsträger“. Kindheit, Jugend und Aufstieg innerhalb des sozialdemokratischen Parteiapparats werden daher auf 28 Seiten ebenso knapp behandelt wie die Zeit des Ersten Weltkriegs (27 Seiten), in der *Ebert* immerhin als Parteivorsitzender für das Festhalten der SPD an der Burgfriedenspolitik und die sich daraus ergebende Parteispaltung verantwortlich zeichnete. Auch *Eberts* Schlüsselrolle in der Revolutionsphase widmet *Mühlhausen* lediglich ein vergleichsweise kurzes Kapitel von 67 Seiten, das eher bilanzierenden Charakter hat. Danach ändert sich die Art der Darstellung grundlegend. Die Jahre von *Eberts* Wahl zum Staatsoberhaupt durch die in Weimar tagende Nationalversammlung bis zu seinem frühen Tod infolge einer zu spät erkannten Blinddarmentzündung finden sich minutiös nachvollzogen. Der Verfasser folgt im Wesentlichen einer chronologischen Gliederung: Von *Eberts* Amtsantritt spannt sich der Bogen über den Versailler Friedensvertrag und den *Kapp-Lüttwitz*-Putsch, über die krisenhafte Zuspitzung der politischen Situation im Zeichen von Ruhrbesetzung und Hyperinflation 1923 und die beginnende innen- und außenpolitische Stabilisierung im Jahr danach bis zum Magdeburger Skandalprozess, der die Verleumdung des Staatsoberhauptes juristisch legitimierte und dem Reichspräsidenten seine letzten Monate vergällte. Detailliert schildert *Mühlhausen* im Zeitablauf die nicht eben seltenen Regierungsbildungen und die häufig zentrale Rolle, die *Ebert* dabei zukam. Dazwischen fügt er immer wieder eher systematisch orientierte Kapitel ein – zur Militärpolitik etwa, zu *Eberts* Umgang mit dem Notverordnungsartikel 48 und zu seiner Öffentlichkeitspolitik.

Durchaus überzeugend gelingt es dem Autor – und das ist so etwas wie das Grundanliegen seiner Studie –, *Ebert* als „Staatsmann mit Weitblick“ zu porträtieren, dessen gesamtes politisches Handeln unter dem Primat der Errichtung und Erhaltung der parlamentarischen Demokratie stand. Obwohl tief in der deutschen Sozialdemokratie verwurzelt, verstand sich *Ebert* als Reichspräsident – ganz im Sinne der Verfassung – stets als Repräsentant des ganzen Volkes und nicht als Vertreter einer Partei. Gleichzeitig begriff er sein Amt nicht als verfassungsrechtliches Gegengewicht zur Regierung, sondern sah sich als deren Teil und griff ihr in Krisenzeiten unter weitreichender Ausschöpfung seiner Kompetenzen immer wieder helfend unter die Arme. Das machte ihn ebenso zu einem gestaltungsfreudigen, „starken“ Reichspräsidenten wie der aktive Part, den er wiederholt bei der Regierungsbildung übernahm. Das Leitmotiv seines Handelns bildete hier sein – freilich wenig erfolgreiches – Eintreten für eine Große Koalition, ein „Kabinett von *Scheidemann* bis *Stresemann*“). Darin drückte sich nicht nur sein Streben nach einer Regierung mit einer breiten parlamentarischen Machtbasis, sondern auch seine Grundüberzeugung aus, dass eine dauerhafte Stabilisierung der neu gegründeten Demokratie nur auf der Basis eines Abbaus der Klassenspannungen und des Zusammenwirkens aller demokratischen Parteien gelingen

könne. *Mühlhausen* arbeitet heraus, wie sehr sich *Ebert* dabei an dem Ideal einer alle Schichten umfassenden „Volksgemeinschaft“ orientierte, und demonstriert damit zugleich, in welchem Ausmaß der Volksgemeinschaftsgedanke kurz nach dem Ersten Weltkrieg Eingang in die allgemeine politische Ideenwelt bis hin zu den Linksparteien gefunden hatte, bevor er seine totalitäre, exkludierende und rassistische Bedeutungsverengung durch den Nationalsozialismus erfuhr, die für uns heute ganz im Vordergrund steht.

Insgesamt zeichnet der Verfasser ein überaus positives, zuweilen vielleicht auch zu wohlwollendes *Ebert*-Bild. Den Gebrauch des Artikels 48, auf den der erste Reichspräsident besonders in der Krisensituation von 1923/24 immer wieder und vermehrt zurückgriff, um ihm notwendig erscheinende wirtschafts- und finanzpolitische Verordnungen durchzusetzen, hätte man beispielsweise auch kritischer beurteilen können, da hier eine Vielzahl von problematischen Präzedenzfällen für spätere Zeit geschaffen wurde. *Mühlhausens* mildes Urteil erscheint in diesem wie auch in vergleichbaren Fällen auf der anderen Seite durchaus abgewogen und nachvollziehbar. Zu Recht nämlich weist er darauf hin, dass *Ebert* im Gegensatz zu seinem Amtsnachfolger den Artikel 48 nie gegen den Willen der Reichstagsmehrheit eingesetzt hat und er sich insofern stets ganz auf dem Boden des parlamentarischen Systems bewegte. Nicht auf der Kontinuität der verfassungsrechtlichen Dehnung des Notverordnungsartikels habe daher das Hauptaugenmerk zu liegen, sondern auf der grundlegend verschiedenartigen politischen Intention der beiden Weimarer Reichspräsidenten: Während *Ebert* Artikel 48 einsetzte, um das Überleben der ersten deutschen Demokratie in einer krisenhaft zugespitzten Lage zu sichern, wandte *Paul von Hindenburg* ihn an, um sie aus den Angeln zu heben. Nicht nur an dieser Stelle wird deutlich – und auch in diesem Grundtenor seiner Studie ist *Mühlhausen* zuzustimmen –, was für einen tragischen Verlust der frühe Tod *Eberts* für die Weimarer Republik bedeutete und welchen Einschnitt in ihrer Geschichte die Wahl des Antirepublikaners *Hindenburg* zu seinem Nachfolger markiert.

Die Grenzen und Defizite des Buches liegen an anderer Stelle. Besonders zwei Punkte sind hier hervorzuheben: Erstens gelingt es *Mühlhausen* nicht, in angemessener Weise das zu leisten, was bereits *Johann Wolfgang Goethe* im Vorwort zu „Dichtung und Wahrheit“ als „Hauptaufgabe der Biographie“ bezeichnet, nämlich „den Menschen in seinen Zeitverhältnissen darzustellen“. Die überindividuellen Strukturen und Prozesse, so ließe sich das in der Sprache der modernen Geschichtswissenschaft ausdrücken, und die Beziehung, in der *Ebert* zu ihnen stand, bleiben allzu oft merkwürdig unterbelichtet. Im Grunde, so sollte man denken, müsste sich die großangelegte Biographie eines politischen Zentralakteurs zugleich auch als eine Geschichte des Deutschen Kaiserreichs und vor allem der frühen Weimarer Republik lesen lassen. In dieser Hinsicht enttäuscht das Werk. Nirgendwo wird die ausschließliche Fixierung auf *Ebert* und sein politisches Handeln nachhaltig überwunden. Sein Wirken als Reichspräsident findet sich zwar akribisch, teilweise im Tages- und Stundentakt, rekonstruiert, doch löst sich darüber der geschichtliche Zusammenhang nicht selten in kleinteilige Entscheidungsprozesse und Interaktionsgeflechte auf.

Zweitens fehlt der Publikation jener Sinn für Proportionen, der jede gute Biographie auszeichnet. Ganz gleich, mit welchen Gründen der Autor das in der Einleitung zu legitimieren versucht, ist die Grundanlage der Studie zu ungleichgewichtig. Während für die lange Zeit bis 1919 vieles kursorisch abgehandelt wird und insofern nicht dem Anspruch an eine umfassende Biographie genügt, verliert sich die Darstellung für die Jahre der Reichspräsidentschaft vielfach im Gestrüpp der Details. Muss man beispielsweise wirklich wissen, mit wem *Ebert* auf der Flucht der Reichsregierung aus Berlin während des *Kapp-*

Lüttwitz-Putsches im März 1920 im Auto saß, dass der Reisegesellschaft vor Chemnitz das Benzin ausging und sie nach Stuttgart mit der Bahn weiterfahren musste und dass der (in einem anderen Wagen reisende) Büroleiter des Reichspräsidenten für diesen Zigarren mitführte? Häufig gewinnt man den Eindruck, dass *Mühlhausen* es versäumt hat, Wichtiges von Unwichtigem zu scheiden, und daher einfach alle Informationen präsentiert, die er gesammelt hat. Auf diese Weise entsteht weniger eine Biographie im klassischen Sinne als ein in seinem Materialreichtum eindrucksvolles Nachschlagewerk zur Reichspräsidentschaft *Friedrich Eberts*, auf das der Spezialist bei Gelegenheit gern zurückgreifen wird.

Cornelius Torp

### **Kurt Georg Kiesinger: verständnisvolle Lebensgeschichte**

*Gassert, Philipp: Kurt Georg Kiesinger 1904 – 1988. Kanzler zwischen den Zeiten, Deutsche Verlags-Anstalt, München 2006, 896 Seiten, € 39,90.*

Dass kurz nach Amtsantritt der zweiten Großen Koalition das voluminöse Buch des Heidelberger Historikers *Philipp Gassert* erschien, dürfte ein Zufall sein. Umso lesenswerter ist diese auf breitester Materialbasis aufbauende, spannend geschriebene erste wissenschaftlich fundierte Biographie über den dritten Kanzler der Bundesrepublik und ersten Regierungschef einer Großen Koalition auf Bundesebene, *Kurt Georg Kiesinger*. Gerade die Höhen und Tiefen seiner Kanzlerschaft, seine Charakterisierung als angeblich entscheidungsschwacher „wandelnder Vermittlungsausschuss“ zwischen den Koalitionspartnern, die Streitigkeiten innerhalb der Union über die Verjährungsdebatte nationalsozialistischer Gräueltaten, die von der SPD nach verheerenden Wahlniederlagen im Jahr 1968 eingeläutete „Strategie des begrenzten Konflikts“ (*Horst Ehmke*) sollten ein hervorragender Lese- und Lernstoff für die führenden Entscheidungsträger der zweiten Großen Koalition sein.

*Gassert* spannt den Lebensbogen des 1904 im schwäbischen Ebingen Geborenen von dessen Studien- und Berufsjahre vor und während des Dritten Reiches über *Kiesingers* „Entnazifizierungsverfahren“, seinen Aufstieg in der Bundes-CDU als glänzender Debattenredner im Bundestag, seine achtjährige erfolgreiche Amtszeit als Ministerpräsident von Baden-Württemberg bis zur Kanzlerschaft. Auch *Kiesingers* allmählicher Rückzug aus allen politischen Ämtern, die Abfassung der Memoiren, die allerdings die besonders interessanten Phasen als Regierungschef in Stuttgart und Bonn nicht beinhalten, werden ebenso beleuchtet wie die letzten Jahre in Tübingen, wo der Altkanzler am 8. März 1988 verstarb.

Nahezu ein Viertel dieser Habilitationsschrift ist der Auseinandersetzung mit *Kiesingers* umstrittener Vergangenheit im „Dritten Reich“ gewidmet – eine Vergangenheit, die den Politiker auf allen Stationen seiner Nachkriegskarriere immer wieder einholte. Nach seinem Jurastudium in Tübingen und Berlin trat er 1933 der NSDAP bei, weigerte sich aber nach den Morden an früheren SA-Führern (der so genannte *Röhm*-Putsch) – unter Inkaufnahme beruflicher Nachteile – dem NS-Rechtswahrerbund beizutreten und eine Stelle im Staatsdienst anzustreben. Seinen Lebensunterhalt verdiente *Kiesinger* als juristischer Repetitor, von seinen Schülern wegen seiner begnadeten Fähigkeit, komplizierte Sachverhalte klar darzulegen, als „der Meister“ verehrt. Um der Einberufung zum Wehrdienst zu entgehen, ließ er sich durch Vermittlung eines seiner Schüler in das Auswärtige Amt „dienstverpflich-